

# Interreg

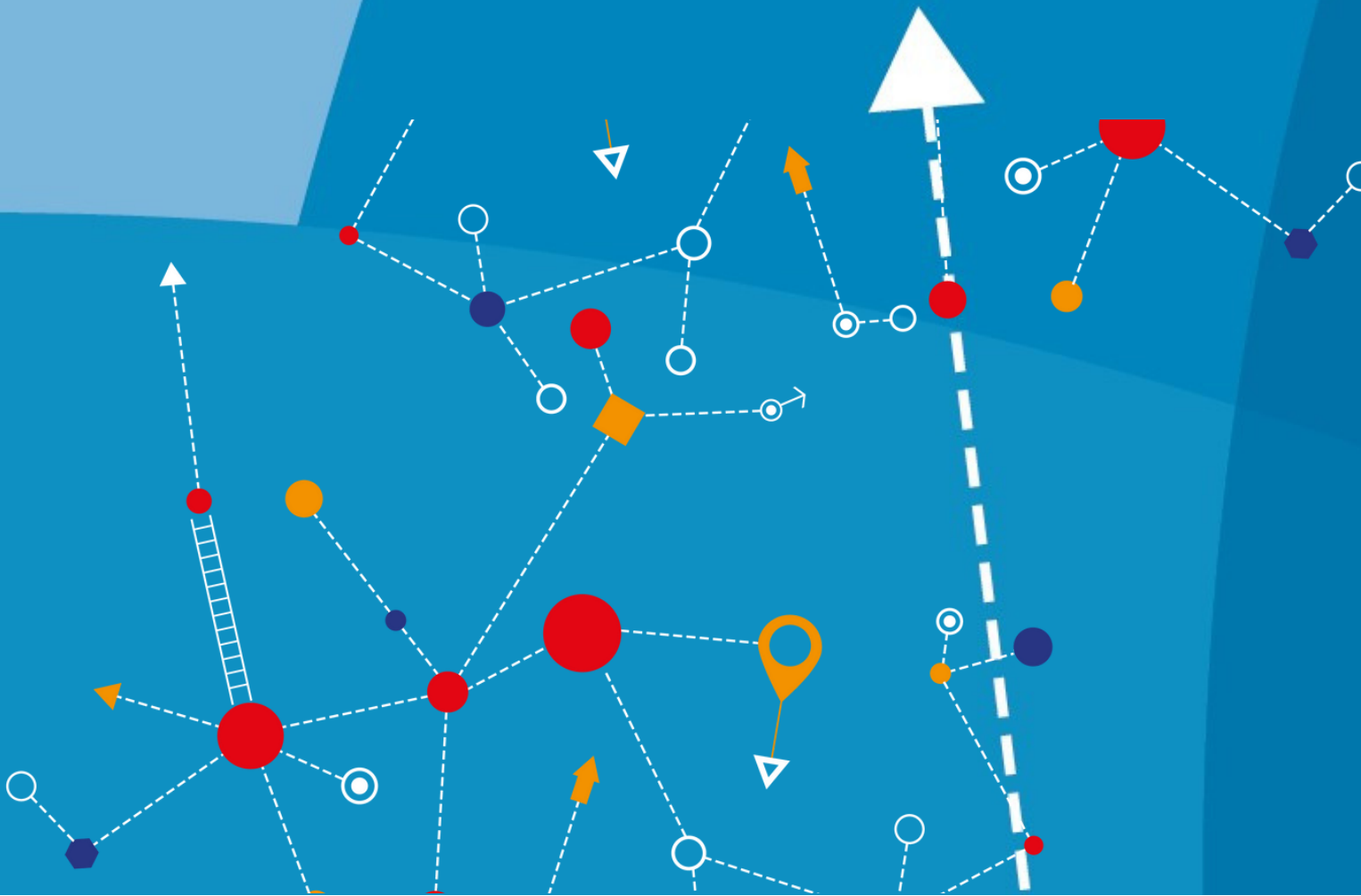


Grande Région | Großregion

Sesam'GR

Fonds européen de développement régional | Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

## DEMOKRATISCHE KULTUR IN DER GROSSREGION





PARTENAIRES FINANCIERS



PARTENAIRES STRATÉGIQUES



Hinweis: alle Texte wurden vor Beginn des russischen Invasionskrieges in der Ukraine verfasst.



---

# 1 Vorwort

SEITE 1

---



# 2 Die europäische Idee: Europarat & EU

SEITE 4

---



# 3 Die europäischen Werte im 21. Jahrhundert

SEITE 6

---



# 4 Europa: ein demokratischer Staatenbund

SEITE 12

---



# 5 Der Referenzrahmen Kompetenzen für eine demokratische Kultur

SEITE 17

---



# 6 Bildung für eine Kultur demokratischer Kompetenzen

SEITE 19

---



# 7 Bürger in einer digitalisierten Welt

SEITE 25

---



# 8 Demokratiepädagogik in der Großregion

SEITE 31

---



# 9 Vernetzt

SEITE 34

---



# VORWORT

Patrick Weiten

Demokratische Werte sind die Grundlage für das Zusammenleben der Bürger in Europa, und somit auch in der Großregion.

Im anbrechenden 21. Jahrhundert zeichnen sich schnelle Wandlungen ab, die alle Lebensbereiche betreffen und uns permanent mit Problemen und Grundsatzfragen konfrontieren. Dieses Jahrhundert ist geprägt von vielfältigen Krisen - die aktuelle Corona-Krise hat tiefgreifende Auswirkungen und zwingt uns, eingefahrene Abläufe zu überdenken, um gemeinsam als Gesellschaft einen Weg nach COVID zu finden.

Um unsere Wirtschaft kreativer, beweglicher, flexibler und digitalisierter zu gestalten, sind neue und differenziertere Kompetenzen gefragt. Hier braucht es insbesondere hoch qualifizierte Mitarbeiter, die sich - auch ethisch - verantwortlich verhalten und in der Lage sind, sich in neuen Wirtschaftsmodellen zu bewähren.

Eine Gesellschaft, die immer multikultureller, d.h. offener wird und in der ganz unterschiedliche Lebensmodelle gelebt werden können, die sich aber gleichzeitig in ihrer Identität neu aufstellen muss, braucht Menschen, die auf der Grundlage demokratischer Werte handeln und ihr Zusammenleben dementsprechend gestalten. Sie braucht Menschen, die Veränderungen nicht als Bedrohung wahrnehmen, sondern als Chance begreifen.

Dem Bereich Bildung - ob formal oder non-formal - kommt in diesem Zusammenhang eine herausragende Bedeutung zu.

Demokratiebildung ist ein wichtiges pädagogisches Aktionsfeld, um jungen Menschen zu helfen, diesen Transformationsprozessen und anderen verändernden Entwicklungen zu begegnen und sie zum Handeln zu befähigen.

Diese Broschüre, die im Rahmen des Interreg V-Projektes SESAM'GR entstanden ist, beschäftigt sich mit grundlegenden Fragen zur Demokratiebildung und soll Schulen und allen anderen Bildungsakteuren Vorschläge und Anregungen liefern, um ihre Überlegungen zu vertiefen und voranzubringen.

## **Patrick Weiten**

Präsident des Euro-Départements Moselle

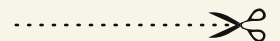
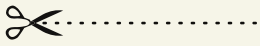
*Im Anhang zu dieser Broschüre befindet sich eine Beschreibung zu SESAM'GR, ein Projekt der Europäischen Union in Kooperation mit dem Eurodépartement Moselle zugunsten der Großregion.*





[www.granderegion.net](http://www.granderegion.net) / [www.grossregion.net](http://www.grossregion.net)





# DIE EUROPÄISCHE IDEE: EUROPARAT & EU

Richard Stock

AM ENDE DES 2. WELTKRIEGES VERFOLGTE DIE EUROPÄISCHE IDEE ZUNÄCHST DAS ZIEL, DURCH DIE VERSÖHNUNG DER EUROPÄISCHEN VÖLKER DEN FRIEDEN UND DIE FREIHEIT ZU SICHERN.

Nach und nach wurden in den unterschiedlichen Texten oder Verträgen die gemeinsamen Werte für die europäischen Staaten definiert.

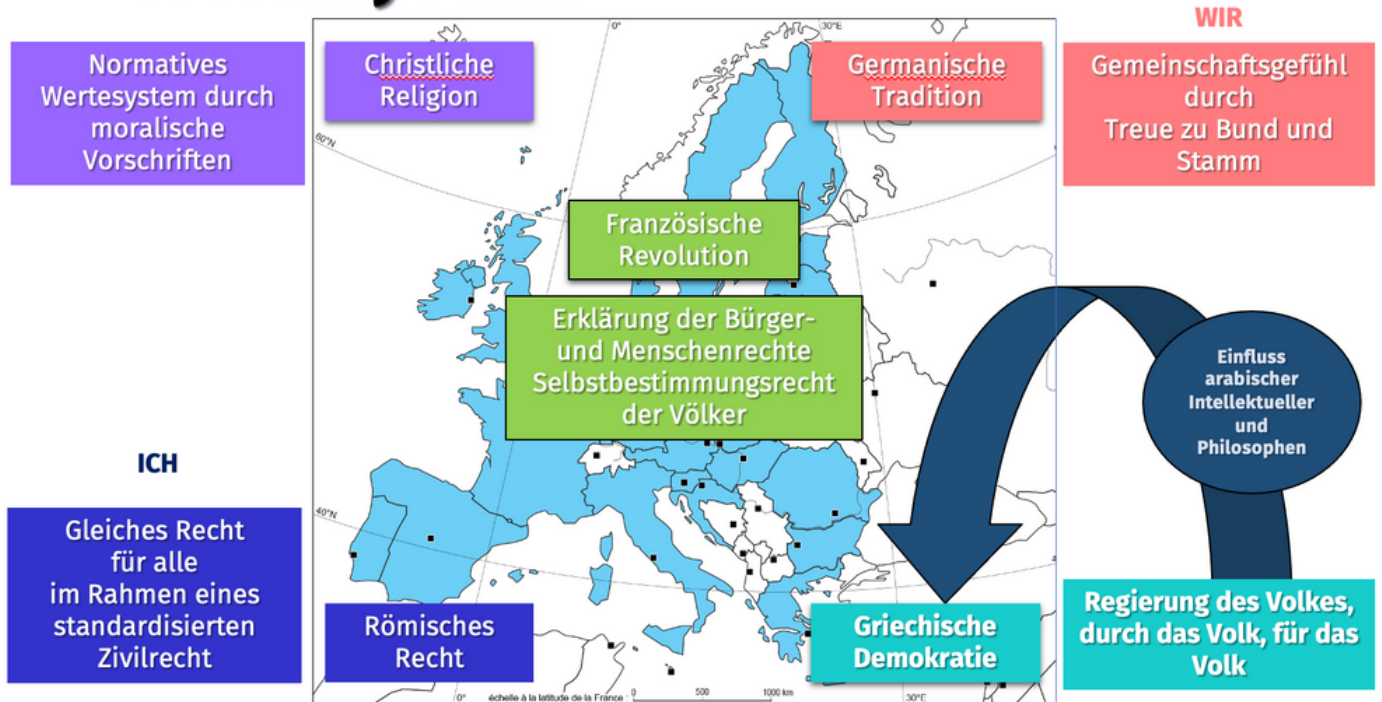
Die unteilbaren und universellen Werte Europas, nämlich Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit,

Achtung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte für Menschen, die einer Minderheit angehören sowie der Schutz der Rechte von Kindern, sind nahezu allen europäischen Staaten gemein.

Diese Werte können von europäischen Bürgerinnen und Bürgern gegen Handlungen oder Urteile, die ihnen zuwiderlaufen, geltend gemacht werden.

4

## Das Europäische Wertesystem



Eine vollständige Beschreibung des europäischen Wertesystems finden Sie hier:  
<http://www.centre-robert-schuman.org>



## EUROPÄISCHE WERTE

Die Definition dieser Werte und Prinzipien ist das Ergebnis einer Entwicklung, aus der Gesellschaften hervorgingen, die sich durch Pluralismus, Anti-Diskriminierung, Respekt, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit der Geschlechter auszeichnen.

Diese Gemeinsamkeit von Grundsätzen erklärt sich teilweise aus dem gemeinsamen Erbe der europäischen Staaten, insbesondere dem

## ENTWICKLUNG IM 20. JAHRHUNDERT

der Philosophen der griechischen Antike, der germanischen und skandinavischen Traditionen, des Zivilrechts des Römischen Reiches, der Lehren der christlichen Kirchen und letztlich der Aufklärung und der Französischen Revolution. Ab dem 20. Jahrhundert kamen noch soziale Fragen hinzu.

Seither bilden diese Prinzipien die Grundpfeiler der Identität Europas und seiner Bürger. Staaten, die einer der zahlreichen europäischen Organisationen beitreten möchten, müssen sich im Übrigen zur Achtung dieser Grundsätze verpflichten.

*Siehe Box 1*

### BOX 1: DIE WICHTIGSTEN REFERENZTEXTE

#### **Europarat (Straßburg):**

- ★ Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)
- ★ Europäische Sozialcharta
- ★ Europäische Konvention über die Ausübung der Kinderrechte
- ★ Rahmenkonvention zum Schutz der nationalen Minderheiten
- ★ Europäisches Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe
- ★ Konvention über die Teilnahme von Ausländern am öffentlichen Leben auf lokaler Ebene
- ★ Charta über die Teilnahme junger Menschen am lokalen und regionalen Leben

#### **Europäische Union (Brüssel):**

- ★ Charta der Grundrechte der Europäischen Union
- ★ Europäische Säule sozialer Rechte



# DIE EUROPÄISCHEN WERTE IM 21. JAHRHUNDERT

Richard Stock



## 1. DER EUROPARAT

Der Europarat (1949 mit Sitz in Straßburg gegründet) umfasst heute fast alle Länder des alten Kontinents (mit Ausnahme von Belarus) sowie einige östliche Staaten, deren Staatsgebiet sich zumindest teilweise im geografischen Europa befindet, und vereint die 830 Millionen Staatsbürger der 47 Mitgliedsländer.

Sein wichtigstes Ziel ist die Förderung der Menschenrechte.

Der Europarat ist der Urheber der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und Gründer des Europäischen

Gerichtshofs für Menschenrechte, der über die Einhaltung der Konvention wacht. Die EMRK von 1950 bildet die Grundlage für den europäischen Schutz der Menschenrechte.

Inspiziert von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die 1948 von der Generalversammlung

der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, bietet die EMRK heute das fortschrittlichste Modell für die wirksame Gewährleistung der international verkündeten Menschenrechte: Sie bietet dem Einzelnen den Vorteil einer gerichtlichen Überprüfung der Achtung seiner Rechte.

Die EMRK betrachtet Kinder als vollwertige Inhaber der Menschenrechte und nicht nur als zu beschützende Subjekte: keine Mini-Rechte für Mini-Menschen! Sie stehen unter dem Schutz der EMRK, die in gleicher Weise auf alle Personen angewandt wird.

*Siehe Box 2*





Nachfolgend hat der Europarat u.a. das Europäische Kulturabkommen und die Europäische Sozialcharta ins Leben gerufen.

Seit 1993 leistet der Europarat einen Beitrag zum Schutz von Minderheiten und ihrer kulturellen Identität sowie zum Kampf gegen jegliche Form von Intoleranz.

Seine wichtigsten Errungenschaften sind:

1. Stärkung der Menschenrechte
2. Abschaffung der Todesstrafe
3. Anti-Diskriminierung und Kampf gegen Rassismus
4. Verteidigung des Rechts auf freie Meinungsäußerung
5. Gleichstellung der Geschlechter
6. Schutz von Kinderrechten
7. Verteidigung der kulturellen Vielfalt
8. Wahlbeobachtung
9. Menschenrechts- und Demokratiebildung
10. Qualitätssicherung bei Medikamenten und im Gesundheitswesen

#### Box 2: Die EMRK und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte

Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ist ein völkerrechtlicher Vertrag, aufgrund dessen alle Mitgliedsstaaten des Europarates nicht nur ihren Staatsbürgern, sondern allen in ihrem Land lebenden Menschen die Grund- und Bürgerrechte sowie politische Rechte zusichern. Die Konvention garantiert insbesondere:

- ★ das Recht auf Leben
- ★ das Recht auf ein faires Verfahren
- ★ das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens
- ★ die Freiheit der Meinungsäußerung
- ★ die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit
- ★ Recht auf Achtung des Eigentums

Sie verbietet insbesondere:

- ★ Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Strafe oder Behandlung
- ★ Sklaverei und Zwangsarbeit
- ★ die Todesstrafe
- ★ willkürliche und illegale Festnahme
- ★ Diskriminierung

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist ein internationales Gericht, das sowohl über Individual- als auch Staatenbeschwerden im Hinblick auf eine Verletzung der in der Menschenrechtskonvention verbürgten bürgerlichen und politischen Rechte entscheidet.

Der Gerichtshof hat seinen Sitz in Straßburg und kann direkt von den Bürger\*innen angerufen werden. Der Gerichtshof hat bisher mehr als 10 000 Urteile erlassen, die für die belangten Staaten verbindlich sind: In vielen Bereichen müssen die nationalen Parlamente ihre Gesetzgebung und die Regierungen ihre administrativen Verfahren ändern. Die Rechtsprechung des Gerichtshofes macht die Konvention zu einem dynamischen und starken Instrument, um die neuen Herausforderungen zu meistern und rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien in Europa zu festigen.

## 2. DIE EUROPÄISCHE UNION

Der europäische Integrationsprozess maß der Frage der Grundrechte anfangs keine Bedeutung bei. Gegründet aus rein wirtschaftlichen Erwägungen erschien es nicht notwendig, diese Rechte in die ersten Verträge zum Aufbau der Europäischen Gemeinschaften mit einzuschließen.

Damals wurde die Wahrung der Grundrechte hauptsächlich durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte auf europäischer Ebene und durch die Verfassungsgerichte auf nationaler Ebene gesichert.



Aber sehr schnell musste sich der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (heute Gerichtshof der Europäischen Union) zu einer gewissen Anzahl an Fällen von Verletzungen der Grundrechte äußern und erhob, aufgrund ihres Fehlens in den bestehenden Verträgen, diese zu allgemeinen Grundsätzen des Gemeinschaftsrechts.

Diese Rechtsprechung bezog sich im Wesentlichen auf die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) des Europarates.



Bereits 1992 legt der Maastrichter Vertrag, der den Begriff der europäischen Bürgerschaft einführt, die Grundsätze von Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit fest. Fünf Jahre später geht der Vertrag von Amsterdam noch weiter, indem er die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit den Beitrittsstaaten auferlegt und indem er ein Verfahren zur Aussetzung der Vertragsrechte im Falle einer "schwerwiegenden und anhaltenden" Verletzung der Grundrechte durch einen Mitgliedstaat vorsieht (Artikel 7).

## Die Charta der Grundrechte

Im Jahr 2000 legt die Charta der Grundrechte zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union in einem einzigen Text alle bürgerlichen und sozialen Rechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger fest, einschließlich des Petitionsrechts, des Schutzes personenbezogener Daten und des Verbots der Eugenik, des Klonens von Menschen und der Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht, Eigentum, Geburt, Behinderung, Alter und sexueller Ausrichtung aller auf dem Gebiet der Union lebenden Personen. Ein besonderes Merkmal der Charta ist, neben den zivilen und politischen Rechten, die Bekräftigung der ökonomischen und sozialen Rechte.

**DIE CHARTA IST EINE WICHTIGE ERGÄNZUNG DER EMRK VON 1950 UND DER SOZIALCHARTA DES EUROPARATES; DIE DREI TEXTE MÜSSEN ZUSAMMEN GELESEN WERDEN, UM EINEN UMFASSENDEN ÜBERBLICK ÜBER DIE IN DER EUROPÄISCHEN UNION GELTENDEN RECHTE UND GRUNDSÄTZE ZU ERHALTEN.**

Weitere Informationen finden Sie hier:  
<http://www.centre-robort-schuman.org/buchhandlung/wer-macht-was-in-europa-europaische-union-und-europarat?langue=de>

Eine vollständige Beschreibung der Charta der Grundrechte finden Sie hier:  
<https://www.europarl.europa.eu/germany/de/europ%C3%A4isches-parlament/grundrechtecharta>.

## Die europäische Säule sozialer Rechte

Die europäische Säule sozialer Rechte soll in Zukunft als Referenzrahmen für bindende und für nicht bindende Maßnahmen im Bereich der Europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik dienen.

Die Anwendung der in der europäischen Säule sozialer Rechte verankerten Grundsätze und Rechte ist die gemeinsame Verantwortung der Institutionen der Europäischen Union, der Mitgliedsstaaten und der Sozialpartner. Die Säule muss schrittweise in die Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten übertragen werden, die Vielfalt der nationalen Situationen berücksichtigend.

Siehe Box 3

Weitere Informationen finden Sie hier:  
<https://ec.europa.eu/commission/publications/european-pillar-social-rights-booklet>

Dies sind, kurz zusammengefasst, die kulturellen, religiösen und humanistischen Errungenschaften Europas, aus denen sich die universellen Werte der unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte der menschlichen Person sowie **Freiheit, Demokratie, Gleichheit** und **Rechtsstaatlichkeit** entwickelt haben.

### **Box 3: DIE EUROPÄISCHE SÄULE SOZIALER RECHTE DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die 20 Schlüsselbereiche der Europäischen Säule sozialer Rechte

1. Allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen
2. Gleichstellung der Geschlechter
3. Chancengleichheit
4. Aktive Unterstützung für Beschäftigung
5. Sichere und anpassungsfähige Beschäftigung
6. Löhne und Gehälter
7. Informationen über Beschäftigungsbedingungen und Kündigungsschutz
8. Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten
9. Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben
10. Gesundes, sicheres und geeignetes Arbeitsumfeld und Datenschutz
11. Betreuung und Unterstützung von Kindern
12. Sozialschutz
13. Leistungen bei Arbeitslosigkeit
14. Mindesteinkommen
15. Alterseinkünfte und Ruhegehälter
16. Gesundheitsversorgung
17. Inklusion von Menschen mit Behinderungen
18. Langzeitpflege
19. Wohnraum und Hilfe für Wohnungslose
20. Zugang zu essenziellen Dienstleistungen



# EUROPA – EIN DEMOKRATISCHER STAATENBUND

Prof. Dr. Havva Engin



12

**Mit einer Bevölkerung von ca. 740 Mio. Menschen – kennzeichnet sich Europa durch eine wechselvolle und ambivalente Geschichte: Hier wurde die Demokratie geboren, aber auch zwei Weltkriege angezettelt.**

Aus der Geschichte und ihren Fehlern zu lernen, gehört auch zu Europa. In Folge der traumatischen Erfahrungen des zweiten Weltkrieges gründeten zehn Länder 1949 als Friedensprojekt den Europarat, der heute auf 47 Mitgliedsstaaten angewachsen ist und zu dessen zentralen Zielen gehört:

- Friedenssicherung auf den Grundlagen von Gerechtigkeit und internationaler Zusammenarbeit;
- Erhaltung der menschlichen Gesellschaft und Zivilisation;
- Wahrung der Demokratie als politische Staatsform und Sicherstellung von Freiheit und Herrschaft des Rechts;

- Förderung des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts in den Europäischen Ländern.

Eine weltweit einmalige Erfolgsgeschichte stellt auch die Europäische Union dar. 1958 als EWG - Europäische Wirtschaftsgemeinschaft - gegründet, benannte sie sich 1993 in „Europäische Union“ um.

Im Zuge des Zusammenbruchs des Warschauer Paktes und des europäischen Einigungsprozesses wurden ehemalige Ostblockländer wie Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowenien, Kroatien, Slowakei, Estland, Lettland und Litauen Mitglieder der EU, die aktuell 27 Mitgliedsstaaten zählt.

## Demokratie in Europa - unter Druck?

Auch in Europa waren die vergangenen Dekaden durch eine zunehmende Globalisierung, Internationalisierung und Mobilität geprägt, aber auch durch die Zunahme an gesellschaftlicher Diversität, der Veränderung und Beschleunigung von Lebenswelten sowie politischen und ökonomischen Umwälzungen. Während diese Entwicklungen für viele Menschen positive Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten eröffneten, fühlten sich andere zunehmend überfordert und bedroht, was sich als Vertrauensverlust in staatliche und politische Institutionen zeigte.

Dieser unterstützte - trotz des europäischen Einigungsprozesses in den 1990er und 2000er Jahren - in vielen EU-Mitgliedsländern eine zunehmende Europaskepsis, welche (rechts-)populistischen Parteien den Weg ebnete und nach Expertenmeinung von einer „ökonomischen Verteilungskrise, einer kulturellen Identitätskrise und einer politischen Repräsentationskrise“ (vgl. Meierwisch 2016) flankiert wurde.

Populistische Parteien schüren bis heute mit angstbesetzten Slogans wie „Unkontrollierte Einwanderung“, „Ausländerkriminalität“, „Islamisierung des Abendlandes“ und „Fremdbestimmung durch EU“ eine anti-europäische Stimmung innerhalb der Bevölkerung, die immer häufiger in die Frage des Bestandes und Legitimität gemeinsamer europäischer Werte mündet.

Mittlerweile sehen Expert\*innen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in vielen Mitgliedsländern in Gefahr - es droht ein Auseinanderfallen in parallele Segmente.

Besonders seit 2015 fokussieren sich die anti-demokratischen Entwicklungen in Europa auf das Thema des gesellschaftlichen Umgangs mit Fluchtmigration und Zuwanderung, was in der Konsequenz auch zur Artikulation fremdenfeindlicher und rassistischer Einstellungen auf offizieller Politikebene führte, insbesondere in den Mitgliedsländern, in denen (rechts-)populistische Parteien Regierungsverantwortung übernahmen bzw. gegenwärtig noch innehaben.

Für die Europäische Union bzw. die europäische Idee ist damit die reale Gefahr gegeben, im Sog aktueller anti-demokratischer Entwicklungen „unter die Räder“ zu geraten, da verschiedene Politiker\*innen mittlerweile sich offen gegen die europäischen Werte stellen. Die Corona-Pandemie scheint als „Brand-Beschleuniger“ dieser Absetzungsentwicklungen zu wirken.



## Europas Jugend – Zunehmende Demokratiskepsis

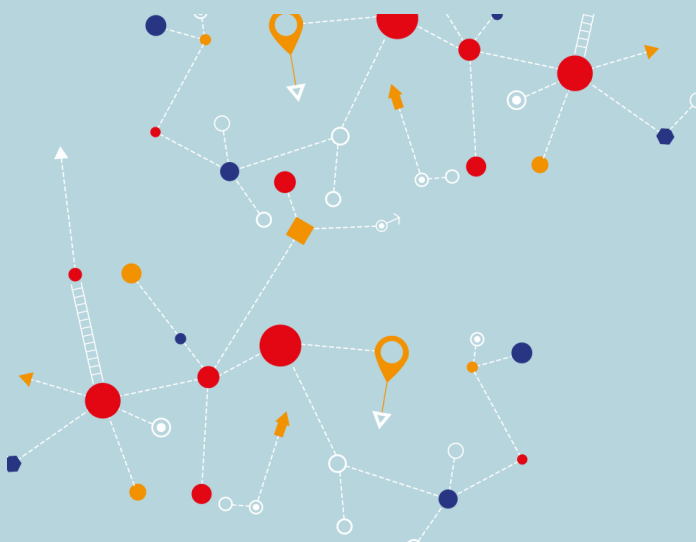
Repräsentative Jugendstudien, welche Einstellungen von jungen Heranwachsenden zu Europa und zur EU im Besonderen erheben, zeigen auf, dass die europäische Idee keinen großen Zuspruch erhält. Von den im Rahmen der Studie „Junges Europa 2018“ befragten Heranwachsenden „verstehen sich 52 Prozent der befragten Frauen und Männer mehr oder minder (auch) als „Europäer“, [...], doch die EU nehmen die meisten weiterhin primär als wirtschaftliches Bündnis wahr“ (TUI Stiftung 2018, S. 5). Obzwar 58 Prozent der Teilnehmenden Demokratie als die beste Staatsform bezeichnen,

bewertet die Hälfte von ihnen das demokratische System im eigenen Land als reformbedürftig, „28 Prozent stellen das aktuelle Konstrukt sogar grundsätzlich in Frage und wünschen sich einen radikalen Wandel“ (TUI Stiftung 2018, S. 5).

Die Demokratiskepsis ist insbesondere in Mitgliedsländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit wie Griechenland, Italien und Spanien weit ausgeprägt, wofür die Heranwachsenden klar den Staat verantwortlich sehen.

Die Frage nach populistischen Einstellungen offenbart, dass „junge Europäer mit populistischen Einstellungstendenzen vor allem in zwei Staaten weit verbreitet sind: In Polen (23 Prozent) und Frankreich (21 Prozent). In den anderen Ländern fällt ihr Anteil wesentlich geringer aus“ (TUI Stiftung 2018, S. 6). Mehr als ein Drittel der befragten Jugendlichen mit populistischem Gedankengut spricht sich dafür aus, „gelegentlich die Rechte der Opposition einzuschränken und gegebenenfalls demokratische Regeln außer Kraft zu setzen“ (TUI Stiftung 2018, S. 6), um radikale Veränderungen auf der Systemebene anzustoßen.

Die zitierten Studienergebnisse machen deutlich, dass in Europa inzwischen erheblicher Handlungsbedarf besteht, (rechts-)populistischen Gruppen gegenüber sehr entschlossen politische Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, um den Anteil junger Erwachsener, der sich von antidemokratischen Kräften angesprochen fühlt, nicht weiter anwachsen zu lassen.







## UMSETZUNG DES KOMPETENZRAHMENS DEMOKRATISCHER KULTUR

Angesichts aktueller demokratiegefährdender Entwicklungen in vielen europäischen Ländern erscheint es als dringende Aufgabe des Europarats, politisch darauf hinzuwirken, in den Mitgliedsländern den 2017 verabschiedeten Referenzrahmen "Kompetenzen für eine demokratische Kultur" vollumfänglich umzusetzen, dadurch „Demokratiebildung“ zum Querschnittsthema aller Schulfächer zu erklären und damit einhergehend, die Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften in diesem Themenkomplex nachhaltig auszubauen. Darüber hinaus bedarf es den Aufbau einer europaweiten Datenbank (Hornberg 2019), in der alle Maßnahmen und Praxisprojekte zur Demokratiebildung aus den Mitgliedsstaaten zwei-/mehrsprachig hinterlegt werden und allen Beteiligten zur Verfügung stehen. Dieses Vorgehen eröffnete den Weg für das anspruchsvolle Ziel des Europarats, in den Mitgliedsstaaten Demokratiebildung als grundlegenden Bestandteil von Unterricht und Schulkultur zu implementieren.

## SCHULE ALS ORT GELEBTER DEMOKRATIEBILDUNG

Den Schulen als Orte der Gesellschaftsbildung kommt gegenwärtig – mehr denn je – eine tragende Rolle zu, stärker als bisher die zentralen Werte der Europäischen Union und der freiheitlichen Demokratie auf die Agenda zu setzen und in der pädagogischen Arbeit konkret zu thematisieren.

Das stärkste Bollwerk von Demokratien gegen politische Gefährdungen sind starke Institutionen und mündige Bürger\*innen, die bereit sind, freiheitlich-demokratische Werte zu verteidigen, indem sie sich einmischen, hinterfragen und im Idealfall demokratiegefährdenden Entwicklungen eine Absage erteilen (vgl. Kiehl/Schnerch 2018).

Eine Schlüsselrolle übernehmen die Bildungsinstitutionen, insbesondere die Schule. Sie hat in freiheitlich demokratischen Gesellschaften die Aufgabe, die nachwachsenden Generationen zu mündigen Bürger\*innen zu erziehen. Ausgehend von Deweys Verständnis von Schule als einer „Gesellschaft im Werden“, offenbart sich ihre Rolle darin, Lehr-/Lernbedingungen zu ermöglichen, um den Lernenden an konkreten, lebensweltlich relevanten Inhalten zentrale Werte handelnd erfahrbar zu machen (vgl. Kiehl/Schnerch 2018).

15



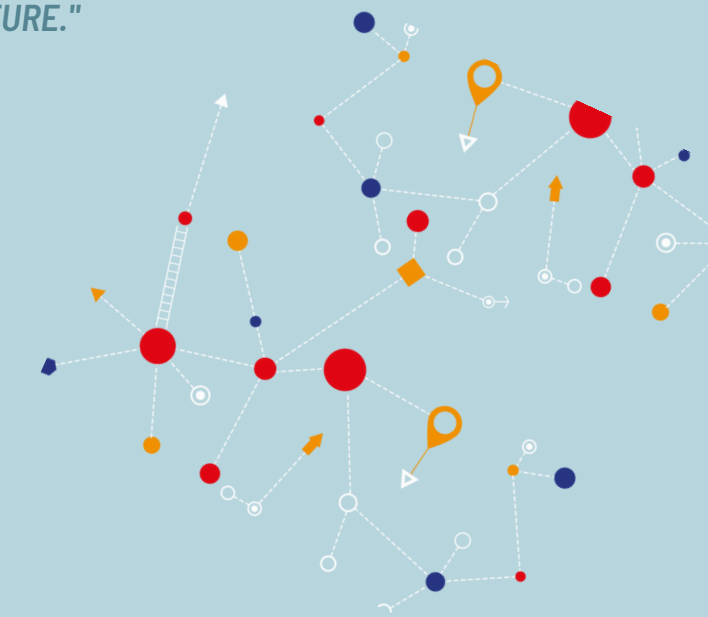


Auch wenn Schulen nicht die Rolle einer „gesellschaftlichen Feuerwehr“ einnehmen sollten, sind sie imstande, die Grundlagen für Wertebildung und Werterziehung zu legen, und zwar nicht nur im Gemeinschafts-/Politikunterricht, sondern in allen Fächern.

**"MEHR DENN JE MÜSSEN SICH SCHULEN ZU SOZIALRÄUMEN ENTWICKELN, IN DENEN IM KLEINEN ZENTRALE GESELLSCHAFTLICHE FRAGEN AUFGEGRIFFEN UND IN PÄDAGOGISCHEN LEHR-/LERNARRANGEMENTS THEMATISIERT UND AUSGEHANDELT WERDEN – UNTER AKTIVER MITARBEIT UND MITGESTALTUNG ALLER AKTEURE."**

PROF. DR. HAVVA ENGIN

Mit der Förderung von Mündigkeit rückt auch Ambiguitätstoleranz in den Fokus pädagogischen Handelns. Zu verstehen ist darunter der proaktive Umgang mit Widersprüchen und Mehrdeutigkeiten. Sie bildet eine zentrale Kompetenz von Demokratiepädagogik, da sie Lehrende und Lernende anleitet, mit gesellschaftlichem und politischem Wertpluralismus umzugehen, konkret gesprochen, auf der Grundlage der Verfassung und unter Respektierung von Individualrechten einander widersprechende Standpunkte anzuerkennen und zuzulassen (vgl. Kiehl/Schnerch 2018). Damit gelingt es, in der Schule als einer „Gesellschaft im Werden“ pädagogische Rahmenbedingungen sicherzustellen, welche Schüler\*innen aktiv mit Fragen von Mündigkeit und Ambiguitätstoleranz konfrontiert und dadurch gesellschaftliche Ambivalenzen real erlebbar macht.



#### Literatur:

- Hornberg, Sabine (2019): Oft vernachlässigt und unterschätzt – die Bedeutung der EU in Bildungskontexten. Essen.
- Kiehl, Carolin; Schnerch, Barbara (2018): Demokratiekompetenzen auf dem Prüfstand – Schule als Erfahrungsraum für Mündigkeit und Ambiguitätstoleranz? In: Wissen schafft Demokratie. Band 3: Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena, S. 111-120.
- Meiewisch, Lars (2016): Der späte Erfolg der deutschen Rechtspopulisten. In: Wut. Protest und Volkes Wille. Veranstaltungsdokumentation. Bundeszentrale für politische Bildung, Kassel. URL:
- TUI Stiftung (2018): (Hrsg.): „Junges Europa 2018“. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren. Hannover. URL: [https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/05/TUI\\_Stiftung-Umfrage-2018\\_GESAMT\\_ONLINEversion\\_180430.pdf](https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/05/TUI_Stiftung-Umfrage-2018_GESAMT_ONLINEversion_180430.pdf)



DER EUROPÄISCHE REFERENZRAHMEN:

# KOMPETENZEN FÜR EINE DEMOKRATISCHE KULTUR

EUROPARAT

## Sabine Rohmann

In seiner langen Tradition der Bildung für Demokratie und Menschenrechte (s. „Demokratie und Menschenrechte - Charta für alle“) und in seinem Bemühen den komplexen Herausforderungen der kulturell unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts in Europa durch adäquate Bildungskonzepte und -instrumente gerecht zu werden, hat der [Europarat](#) den Europäischen Referenzrahmen „[Kompetenzen für eine demokratische Kultur](#)“ entwickelt, der 2017 von den Bildungsministerinnen und -ministern der damals 47 Mitgliedstaaten des Europarates einstimmig verabschiedet wurde.

Er versteht sich als ein Referenzmodell, das, ausgerichtet an der Mission des Europarates, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, den Schulen bei der Gestaltung und Umsetzung einer demokratisch-partizipativen Lern- und Lebenskultur ein pädagogisches Modell zur Verfügung stellt.

Der Referenzrahmen besteht aus [20 Kompetenzen](#) (Wissen, Haltungen (In der aktuellen deutschen Übersetzung wird der Begriff „Einstellungen“ durch „Haltungen“ ersetzt), Fähigkeiten, Werte), die der „Butterfly“ anschaulich darstellt.





Quelle: Europarat

Die einzelnen Kompetenzen werden durch Deskriptoren präzisiert, die Beschreibungen zu konkreten und beobachtbaren Verhaltensweisen von Personen auf einem bestimmten Kompetenzniveau enthalten und somit für Lehrerinnen und Lehrer ein Instrument darstellt, das sie bei der Beobachtung und Einschätzung der sozialen und demokratischen Kompetenzen ihrer Schülerinnen und Schüler unterstützt. Insgesamt stehen [135 Schlüsseldeskriptoren](#) zur Verfügung

Im Zentrum des Referenzrahmens steht der Begriff „Befähigung“. Es geht darum, die jungen Menschen beim Aufbau transformativer Kompetenzen (demokratische Werte leben, konstruktiv mit Mehrdeutigkeit umgehen und Verantwortung für sich und andere übernehmen) zu begleiten.

Mit Blick auf die sich beschleunigende Transition der Gesellschaften, die insbesondere durch die technologische Revolution, durch die zunehmende Spaltung der Gesellschaften, den Verlust demokratischer Werte sowie die Infragestellung der Wertigkeit von Demokratie geprägt wird, wird die Notwendigkeit der Demokratiepädagogik sehr deutlich. Die COVID-Pandemie hat diese Entwicklungen noch verschärft.

Dies bedeutet, dass die Bildung zu einer demokratischen Kultur als eine Querschnittsaufgabe für alle Fächer und als Vereinbarung eines entsprechenden Konzeptes der Schulkultur zu verstehen ist, die von der gesamten Schulgemeinschaft getragen und gelebt werden muss.

[Demokratiepädagogik](#) ist die Grundlage einer Bildung für einen nachhaltig sozialen Zusammenhalt und Frieden.

# BILDUNG FÜR EINE KULTUR DEMOKRATISCHER KOMPETENZEN

## Ein ganzheitlicher Ansatz für die Schule

Kristina Fischer



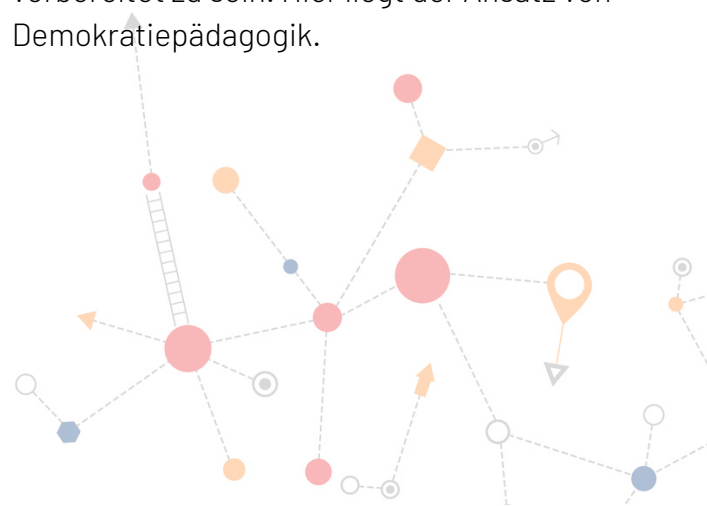
### Lebens- und Erfahrungsräume

Die Dimensionen der Lebens- und Erfahrungsumfelder von Kindern und Jugendlichen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert. Für sie ist es heute keine Schwierigkeit, sich innerhalb eines nationalen, darüber hinaus aber auch eines größeren oder individuellen Gefüges zu sehen. Durch Freizeit, Reisen, digitale Vernetzungen und Darstellungsformen oder Social Media sind sie weitreichend und selbstverständlich vernetzt und empfinden sich auch als Teil einer regionalen, überregionalen oder transnationalen Gemeinschaft.

Leben in einer Gemeinschaft bedeutet auch, in einer Vielfalt von Weltanschauungen und Überzeugungen friedlich miteinander auskommen und kommunizieren zu müssen, Informationstechnologie in allen Bereichen des schulischen, beruflichen und privaten Lebens nutzen zu können.

Hierzu gehört auch, das Leben in der europäischen Demokratie als echte Chance erfassen, selbst ein wichtiger Teil dessen sein zu können.

Um jedoch als angehender Bürger/ Bürgerin einer die Menschenrechte achtenden, respektvollen und demokratischen Gesellschaft aktiv partizipieren zu können, um Risiken und Gefahren abwägen und erkennen zu können, müssen Kinder und Jugendliche die Grundlagen und Handlungsmöglichkeiten, Nutzen und Aufgaben von Demokratie verstehen, erlernen und ausüben, um bestmöglich auf ihre Zukunft als aktiver Bürger/ Bürgerin vorbereitet zu sein. Hier liegt der Ansatz von Demokratiepädagogik.



## Schule als Gemeinschaft- ein Übungsfeld?!

Schule bildet eine Gemeinschaft, in der Kinder und Jugendliche sich innerhalb der gegebenen gesellschaftlichen Strukturen wiederfinden – mit all ihren Facetten, Chancen und Diversität. Im Bereich der politischen Bildung muss Schule dem Bildungsauftrag gerecht werdend Inhalte lehren und prüfen. Sie kann umfassendes Wissen über politische Systeme, Prozesse und Institutionen vermitteln, Unterschiede und Feinheiten herausarbeiten, zu Analyse und Urteil anregen und auffordern. Gleichzeitig sieht sie sich vor der Herausforderung, ihre Schülerinnen/ Schüler lebenspraktisch „fit“ zu machen für eine Zukunft als gleichberechtigte, mündige Bürger/ Bürgerinnen einer Gesellschaft, die durch politische, nationale, großregionale oder europäische Vorgaben reglementiert ist – einer Gesellschaft, innerhalb derer sie fundamentales Wissen um politische Strukturen zugrunde gelegt auch aktiv anwenden müssen.

Die Herausforderung hierin ist weniger die Wissensvermittlung (quasi das Fachgebiet von Schule) politischer Bildung als Anleitung zum eigenen Verstehen und Einüben des Handwerkszeugs, das Schülerinnen/ Schüler dazu befähigt, als selbstbewusstes Mitglied aktiv an der Gestaltung einer friedlichen und demokratischen Gesellschaft teilhaben und auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft bestehen zu können.

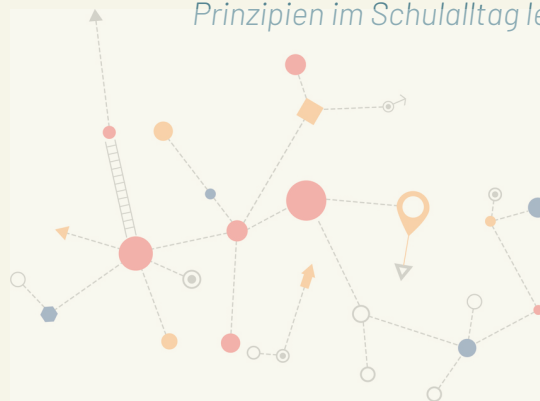
Hierzu zählen beispielsweise die praktische, nicht nur theoretische Beherrschung partizipativer Beteiligungsmöglichkeiten, Methoden zum Erlernen eigenständigen kritischen Denkens, oder das Verstehen und Erlernen von Ambiguitätstoleranz.

Wo, wenn nicht im aktiven Geschehen lassen sich diese Begriffe mit Inhalt füllen,

durch aktives Handeln verinnerlichen, an Aktion und Reaktion erkennen und verifizieren? Schule als Abbild der in sie eingebetteten Gesellschaft bietet nicht nur eine natürliche Grundlage für solche Erkennungs- und Lernprozesse, sondern auch ein ideales Lernumfeld – und das weit über die übliche Beteiligung durch Wahlen hinaus.

Angesichts eines schwindenden Vertrauens in Demokratie scheint es fatal, Schülerinnen/ Schüler nicht die weit reichenden Möglichkeiten, Perspektiven und Chancen praktisch erkennen und erproben zu lassen, die Ihnen die große Demokratie bereits im kleinen Übungsfeld Schule bieten kann.

*Doch wie übertragbar sind Demokratiefelder überhaupt? Wie lassen sich Werte und Strukturen auf schulische Lernkontexte übertragen, in welcher Form demokratische Prinzipien im Schulalltag leben?*



## Partizipative Schulen inmitten moderner, pluralistischer Gesellschaften

Schule bildet Gesellschaft „im Kleinen“ ab, sie muss es ebenso wie größere Einheiten schaffen, völlig unterschiedliche, kontroverse Ansichten, Ideale und Vorstellungen unter einem Dach friedlich und zielführend zu vereinen und zugleich jedem/ jeder Einzelnen bestmögliche Chancen in einem gleichberechtigten und sicheren Umfeld unter Gewährleistung aktiver Beteiligung zuzusichern. Eine



Mammutaufgabe und es gilt, Schülerinnen/ Schüler mit einem Gerüst an Kompetenzen (natürlich auch Wissen, Fähigkeiten, Werte und Grundlagen zur Herausbildung einer Haltung) auszustatten, das sie befähigt, sich aktiv an der Gesellschaft beteiligen zu können – ganz im Sinne von Partizipation als Grundlage funktionierender Demokratie

Welche Rückschlüsse lassen sich hieraus für Schulen als Ausbildungsbetriebe zukünftiger verantwortungsbewusster Bürger/ Bürgerinnen ziehen?

Schwindendes Vertrauen in Demokratie und sinkendes Interesse an demokratischen Prozessen sind seit Jahren zu beobachten, aber anders als in

Phasen von Politikverdrossenheit zeichnet sich die Tendenz zur wenig hinterfragten und voreilig hervorgebrachten Behauptung ab, die polarisierend überspitzt auch anti-demokratische Einstellungen erkennen lässt. Es scheint, als läge die Enttäuschung über einer Erwartung an Demokratie zugrunde, die von einer Institution nicht erfüllt wurde, ohne das eigene Zutun mitzudenken. Werte und demokratische Chancen oder Perspektiven scheinen eher abstrakt wahrgenommen, als in die eigene Lebensrealität integriert und aktiv praktiziert zu werden – woraus sich möglicherweise eine gefühlte Distanz zu Politik und der Möglichkeiten von Teilhabe ableiten lässt

Vielleicht zeigt sich an dieser Stelle bereits die immense Chance, die darin verborgen liegt, Schülerinnen/ Schülern die die Facetten, Gestaltungsmöglichkeiten und Dimensionen von Demokratie im Übungsraum von Schule erlebbar zu

machen – den Stellenwert jedes einzelnen Mitglieds mitsamt seinen Besonderheiten, Haltungen und Wertvorstellungen innerhalb einer demokratischen Gesellschaft zu erfahren.

Wenn schulische Bildung also den Weg im Hinblick auf demokratisch aktive Bürger/ Bürgerinnen ebnen will, so muss sie Demokratie auch erlebbar vermitteln und nicht ausschließlich mittels ausgewiesener Unterrichtsfächer und im Rahmen von standardisiertem Unterricht, der politische Bildung und somit auch Demokratiepädagogik leider zu oft auf Darstellung und Vergleich von Herrschaftsformen minimiert (und schlimmstenfalls das Gefühl vermittelt, demokratische Teilhabekompetenz ließe sich an Noten bemessen).

Aber ist es innerhalb von Schule überhaupt möglich, zukünftige Bürgerinnen/ Bürger zur aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Konflikten und Prozessen zu befähigen, ihnen ein Gerüst an Kompetenzen zu vermitteln, das sie urteils- und handlungsfähig macht?

Oft fällt es Menschen schwer, sachliche Informationsgewinnung, objektives Filtern von Informationen, aktives und zugewandtes Zuhören (auch in kontroversen Kontexten oder Dilemmata), konstruktive Rückmeldung oder Entwicklung und Darstellung der eigenen Meinung, Möglichkeiten des sich-Einbringens etc. in ihre Handlungs- und Entscheidungsprozesse zu integrieren.

Damit der Schwerpunkt des Handelns und Entscheidens auf die dazu gehörige Reflexion und Diskussion von Inhalten liegen kann, braucht es Übung, aber auch Kenntnis von Möglichkeiten und Strategien.

Schule kann und sollte Rahmenbedingungen schaffen, die Partizipation ermöglicht und institutionalisiert, die den Herausforderungen von Vielfalt und Diversität mit Methoden, Inhalten und Übungsfeldern begegnet. All das bietet der ganzheitliche Schulansatz.



Schulisch gelebte Partizipation demokratischer Lebensformen zeigt sich beispielsweise innerhalb des Zusammenlebens in Klassen, wo verstärkt auf Meinungsbildung und sachliche Informationsgewinnung geachtet wird, wo individuelle Werte und Haltungen explizit erwünscht, erläutert und diskutiert werden, wo Raum gegeben wird, Konzepte zu überdenken und konträre Positionen wertfrei entdecken, das eigene Bild überdenken zu können. Hier können Dilemmata erfüllt, Ambiguitäten ausgehalten werden, Meinungen und Standpunkte akzeptiert und sachlich anhand eigener Wertvorstellungen durchleuchtet werden, Mehrdeutigkeiten keine unüberwindbare Verstehens-Hürde darstellen. Kommunikationsstrukturen und Beteiligung an Lern- und Sozialformen des Unterrichts können erweitert und verändert, aber auch Wahlbereiche oder zusätzliche Inhalte und Projekte können gestaltet werden.





## Wahrnehmung, Wertschätzung - Kooperation

Um sich sachlich, respektvoll und gesprächsbereit in Konflikten des gesellschaftlichen Gefüges bewegen zu können, ist es sinnvoll, Selbstwirksamkeit verstanden und bereits erlebt zu haben. Deutlich wird hier: hat man in einem bestimmten Kontext die Wahl, so ist der Vorgang der letztendlichen Abstimmung der geringste im Vergleich zur vorherigen Informationsbeschaffung und Herausarbeitung der eigenen Haltung. Übertragen ins schulische Umfeld hieße das, Schülerinnen/ Schülern die Chance zu eröffnen, den Weg auch vor einer (politischen) Entscheidung erfahrbar zu machen, ihnen zu verdeutlichen, dass es auch um Werte geht und dass Wahlen nicht nur Gewinner und Verlierer hervorbringen, sondern an einem Konsens Beteiligte, die schon vor einer Wahl über verschiedene Themen des Alltags kommunizieren, auch kooperieren um gemeinsam eine Lösung zu erzielen.

Verlässliche Teilhabe und Partizipation, Beispiele:

- wiederkehrende und fest verankerte Gremienstrukturen
- regelmäßige Vollversammlungen, vorbereitende Arbeitskreise, Abstimmung über Regeln der Schulgestaltung, schulische Anschaffungen oder Belange des Alltags, sachlicher Blick auf Bedarfe und Wünsche der maßgeblich am Schulleben beteiligten: die Schulgemeinschaft könnte finanzielle Investitionen eher für den Ausbau an Sportmöglichkeiten in den Pausen als für die Anschaffung eines Whiteboards befürworten.
- Kontinuierliche Beteiligung der Schüler an Themen- und Methodenauswahl, Lehrer als Lernbegleiter
- Peer-education
- Feedbackkultur
- Streitschlichtung und Mediation
- Aktive Schülerzeitung

Gewinnbringender Nebeneffekt: ausgebildet wird neben fachbezogenem Wissen auch die Grundlage für Begeisterung im Bezug auf schulische oder gesellschaftliche Belange und Bereitschaft zur Teilhabe – nicht nur am Gelingen von Schule sondern auch als aktiver Bürger/ Bürgerin.

Die Erfahrung friedlicher Auseinandersetzungen in einer pluralistischen Gesellschaft eröffnet die Chance, unter vielen und unterschiedlichsten Stimmen und Ansichten gehört zu werden und ebnet den Weg, Mehrdeutigkeiten zu entschlüsseln.

## Unter der Lupe: Aktive Teilhabe und Lernprozess

Versteht man Demokratie in ihrer Spannweite wird augenscheinlich, warum sich die Auseinandersetzung mit demokratischen Kulturen und der Lernprozess von aktiver Teilhabe und Partizipation nicht in einzelnen Fächern, repetitiven Lernstrukturen und punktuellen Wahlen erschöpfen kann. Zentrales Element des Lebens in einer Demokratie ist schließlich nicht nur dessen Verständnis und aktive Anwendung, sondern auch das selbstbewusste Einfordern eines Grundrechts und die Gewissheit um Möglichkeiten und Chancen demokratischer Teilhabe.



## Miteinander leben und die Welt begreifen:

### Schule als Gesamtgefüge

Der ganzheitliche Schulansatz intendiert, die Bedürfnisse, Vorstellungen und Meinungen aller Beteiligten (Schülerinnen/ Schüler, Lehrerinnen/ Lehrer, Eltern, Kooperationspartner/Innen, Experten und Expertinnen, Pädagogische Fachkräfte etc.) ernst zu nehmen und bei der Gestaltung des schulischen Alltags zu berücksichtigen, was die kontinuierliche, wertschätzende und friedliche Auseinandersetzung einbezieht.

Die konkrete und individuelle Gestaltung eines ganzheitlichen Schulansatzes an einer Schule orientiert sich an unterschiedlichen Faktoren, wie etwa der Zusammensetzung der Schülerschaft, dem Umfeld der Schule, dem Schulkonzept, Kooperationen, Schwerpunkten etc.

Demokratiepädagogik hat zum Ziel, Erziehung zum demokratischen Handeln zu fördern, demokratische Kompetenzen, Handlungsbereitschaft und -fähigkeit zu festigen. Untrennbar verbunden mit Menschenrechten kann Demokratiepädagogik nicht als Wissensvermittlung verstanden, muss vielmehr verinnerlicht, erlernt und gelebt werden. Bildungseinrichtungen kommt hier eine zentrale Rolle zu.



### Conclusio

Ein ganzheitlicher Schulansatz ...

- begünstigt durch partizipative Schulkultur aktive und bewusste Teilhabe
- gestaltet Methoden für die Zusammenarbeit der Gemeinschaft
- erprobt und lebt Kommunikation und Kooperation
- fördert sozialen Zusammenhalt und Frieden
- hilft, Ambiguitätstoleranz und Kritikfähigkeit aufzubauen
- befähigt Schülerinnen und Schüler zu Handlungsfähigkeit und Transformationskompetenz
- begünstigt die Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit
- bildet Verantwortungsübernahme für Lern- und Gestaltungsprozesse
- macht Werte und Wertschätzung erlebbar



# BÜRGER IN EINER DIGITALISIERTEN WELT



## Digital Citizens

Kristina Fischer

Gesellschaften befinden sich in stetem Wandel. Dieser trägt Veränderungen unterschiedlichster Ausprägungen im Lebens- und Arbeitsalltag in sich – manchmal stärker, manchmal weniger deutlich spürbar.

Eine der folgenreichen und beträchtlichen Veränderungen zeigte sich in den vergangenen Jahrzehnten durch eine beschleunigte Entwicklung im Bereich Technologie und digitale Medien. Das private, gesellschaftliche und schulische Leben von Kindern und Jugendlichen spielte sich in immer höherem Maße in digitalen Bereichen oder unter Zuhilfenahme digitaler Mittel ab – auch außerhalb von Videospiele, Social Media oder Onlineshops waren vielerorts beispielsweise digitale Vertretungspläne oder Rechercheaufgaben an Schulen, Onlinebuchungen von Busfahrkarten und Kinotickets bereits üblich.

Pandemiebedingte Lebensumstände, Distanzlernen und -arbeiten haben unter Lockdown und sozialer Distanzierung nicht nur neue Wege und Möglichkeiten des Alltagslebens eröffnet, sondern auch ganze Lebensbereiche, Lern- und Arbeitsformen verändert. Dies prägt die postpandemische Gesellschaft weiterhin.



Hervorgebracht hat dies nicht nur ungeahnte Kreativität und Adaptionsgeschwindigkeit an veränderte und herausfordernde Umstände, sondern auch eine starke Verschiebung des privaten, schulischen und beruflichen Lebens ins Digitale.

Was bedeutet die Verschiebung ins Digitale für den Bereich Schule und Demokratiepädagogik?

Wer in Digitalität aufwächst, muss sich nicht automatisch kompetent verhalten können. Ähnlich der Kompetenzen für eine demokratische Kultur müssen Fähigkeiten und Fertigkeiten erlernt und eingeübt, Zusammenhänge aufgedeckt werden, um Chancen, Möglichkeiten und intensive Nutzung digitaler Inhalte zu gewährleisten. Auch hier findet Informationsaustausch in multiplen Variationen statt (Ton, Text, Bild oder Video, in Chats und Foren, via online Werbung und Nachrichtendiensten, Social Media etc.), auch hier ist Sensibilität in Ausdruck und Verstehen gefragt – hinsichtlich des Umgangs miteinander sowie der Gefahren und Chancen, die sich bieten.

Verständnis und Umgang um Rechte und Pflichten haben sich herausfordernd, Lernfelder des digitalen Lebens als wenig intuitiv offenbart. Der digitale Raum ist kein luftleerer und niemand bewegt sich dort unabhängig gesellschaftlicher Rechte, Regeln und Rituale.

Oftmals gibt sich die digitale Welt als Trugbild, als sei sie nahezu ein Abbild des realen, greifbaren Lebens:

Kommunikationsstrukturen finden oft wie gewohnt, wenn auch in verkürzter Form statt (in Chats oder Kurznachrichten; auch Mails werden häufiger geschrieben und setzen sich stark von der schriftlichen Briefform ab) – aber tatsächlich erfordern sie ein wesentlich höheres Maß an Wissen um Funktionsweisen – vorgegebener und tatsächlicher Realität.

Und anders als das öffentliche ist das digitale Leben per se partizipativ, da es durch die Mitwirkung und Kreation aller Beteiligten entsteht, die dadurch nicht mehr nur reine „User“ bzw. „Nutzer“ sondern vielmehr Produzenten von Inhalten sind. Durch die intensivierte Form der Nutzung digitaler Inhalte und Formen in fast allen Bereichen gesellschaftlichen und schulischen Lebens wird deutlich: es wird kaum ausschließlich konsumiert sondern mitgestaltet, verändert, geteilt, kommentiert.

Digitale demokratische Kultur erfordert also nicht nur das grundlegende Wissen um Fach- und Hintergrundinformationen, sondern auch ein Grundgerüst an unterschiedlichen Kompetenzen, um sich in der Fülle der Möglichkeiten orientieren, verlässlich Informationen beschaffen, sich ausdrücken, agieren und reagieren, um Rechte und Pflichten wissend und somit das volle Potential ausschöpfen zu können, um Freiheiten und Möglichkeiten positiv nutzen, aktiv am gesellschaftlichen digitalen Leben teilhaben zu können.

Kommunikationsstrukturen müssen identifiziert und aufgedeckt werden, wenn auf Mimik, Gestik und Intonation nicht zu vertrauen ist, unbekannte Gesprächspartner oder Quellen Orientierung erschweren

Bots, Fake News, Hate Speech und Algorithmen fordern das Erlernen entsprechender Techniken zu Erkennung und Umgang, zur Festigung von Urteils- und Entscheidungskraft, wie auch eine veränderte, vertiefte Reflexionskompetenz und soziale wie ethische Kompetenz.

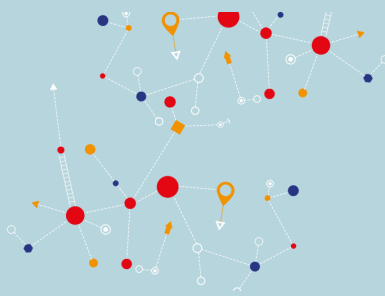
Kinder und Jugendliche müssen, um zukünftig als kritische und aktive digitale Bürger agieren zu können, Strategien zur Ausbildung kritischen Verständnisses und Urteilsfähigkeit erlernen, Kompetenzen und Fähigkeiten durch Übung und praktische Anwendung aufbauen.

26

Die Europäische Kommission hat bereits 2017 den „Europäischen Rahmen für die digitale Kompetenz Lehrender“ **DigCompEdu** herausgebracht, einen Bezugsrahmen zur Unterstützung der Entwicklung pädagogischer digitaler Kompetenzen



in Europa. Der Kompetenzrahmen beschreibt die beruflichen und pädagogischen Kompetenzen von Lehrenden (wie etwa berufliches Engagement, digitale Ressourcen etc.) sowie die Kompetenzen von Lernenden (Informations- und Medienkompetenz, Kommunikation, Erstellung digitaler Inhalte, verantwortungsvoller Umgang, digitales Problemlösen).



## Bildung für Bürger der Zukunft - Digital Citizen Education

### (Social) Bots (engl.: Soziale Roboter)

Programme, die bei sozialen Netzwerken fiktive Personen einsetzen, die mit Foto und Namen erscheinen, aber rein von Computerprogrammen mit dem Ziel gesteuert werden, bestimmte Ansichten zu vertreten und Daten von anderen Nutzern zu sammeln. Millionen solcher „Fake Accounts“ können gleichzeitig gesteuert werden, so dass der Eindruck einer vermeintlich mehrheitlichen Meinung entsteht.

### Algorithmen

Soziale Netzwerke, digitale Dienstleister und Anwendungen nutzen Systeme, um Posts und Inhalte nach bestimmten Begriffen und individuellem Nutzungsverhalten zu filtern und um so nur die für den Nutzer interessanten Inhalte anzuzeigen.

*DER BEGRIFF „DIGITAL CITIZENSHIP“ UMFASST NACH AUSSAGE DES EUROPARATES EINE VIELFALT AN KOMPETENZEN, EIGENSCHAFTEN UND VERHALTENSWEISEN, DIE ERWORBEN WERDEN MÜSSEN, UM DIE VIELFÄLTIGEN MÖGLICHKEITEN ZUR TEILHABE DURCH DAS INTERNET AUSSCHÖPFEN ZU KÖNNEN UND SO EIN AKTIVES, KRITISCHES UND RESILIENTES MITGLIED EINER DIGITALISIERTEN GEMEINSCHAFT ZU WERDEN.*

27

Im Mittelpunkt einer selbstverständlich digitale Technologien nutzenden Gesellschaft steht weniger der intrinsische Gebrauch von Medien als vielmehr der alltägliche Umgang damit, der die nahtlose, kompetente und kritische Eingliederung in gesellschaftliches, soziales und politisches Handeln ermöglicht.

Während als Voraussetzung zu Teilhabe und gleichermaßen Grundbildung bislang die grundlegenden Kulturtechniken wie Lesen, Rechnen und Schreiben angesehen wurden, offenbart sich im Zuge pandemischer Veränderungen eine weitere Dimension: die der aktiven und kritischen Nutzung von Medien und des Erwerbs digitaler

Kompetenzen, um als gleichberechtigtes Mitglied einer digitalisierten Gesellschaft aktiv und kritisch partizipieren zu können.

Digital Citizen Education umfasst eine Art digitale Grundbildung und meint die Vermittlung von Orientierungs-, Urteils- und Partizipationskompetenzen im digitalen Umfeld genauso wie das Wissen um Sicherheit und ethische Grundsätze in digitalen Zusammenhängen. Nahezu alle Ebenen des öffentlichen und privaten Lebens kommen hiermit in Berührung.

Schutz von Privatheit und das Wissen um Öffentlichkeit unter Berücksichtigung möglicher Konsequenzen müssen als Lernfelder neben Kompetenzen zur Informationsbeschaffung und Möglichkeiten der Partizipation grundlegend und fachunabhängig integriert und in verschiedenen Übungen praktisch erprobt werden.

Multiperspektivität zu entwickeln wird in immer komplexeren Zusammenhängen ein wichtiges Lernziel, damit Schülern und Schülerinnen die gesellschaftlichen, rechtlichen und politischen Dimensionen ihres Handelns in digitalen Kontexten bewusst werden und sie darüber hinaus Techniken einüben können, um Grenzen und Barrieren zu verstehen (wie etwa Ungerechtigkeit, Anonymität, verbale und bildliche Gewalt, Fake News und Hate Speech).

Hierunter zählen auch transversale Kompetenzen, also Fähigkeiten, die es erlauben, eigenständig Lösungsstrategien zu entwickeln und diese auf Problemfelder oder Konflikte zu übertragen oder weiterzuentwickeln.

Für zukünftige digitale und analoge Bürger sind Kompetenzen unverzichtbar, mithilfe derer sich die Welt erschließen lassen (wie etwa durch grundlegende Fähigkeiten der Informationsbeschaffung und -verarbeitung, der Partizipation und friedlichen Kommunikation, der Kenntnis von Recht, Unrecht und Falschmeldung bzw. des Aufdeckens von Propaganda). Aber auch unentbehrlich, um in der Welt zu agieren, zu reagieren und diese aktiv statt passiv unbewusst mitzugestalten.

Woher stammen Informationen und sind sie etwa von Algorithmen bestimmt? Welche Barrieren behindern - möglicherweise unbewusst- Partizipation?

Die Funktionsweisen sozialer Gemeinschaften sind inzwischen fast undenkbar ohne digitale Komponente und sie beinhalten Möglichkeiten wie online-Petitionen, übergreifende Projekte und Vernetzung für einen guten Zweck aber auch Hate Speech, Shitstorms oder Fake News. In welchen Bereichen kann Schule zum Kompetenzerwerb anleiten?

Auch ohne entsprechendes Unterrichtsfach im schulischen Fächerkanon ist die Umsetzung auf schulischer Ebene themen- und unterrichtsbezogen oder im Rahmen von Projekten möglich und wichtig.

Schulinterne Arbeitspläne können Themen innerhalb von Einzelfächern oder fächerübergreifend verankern. Klassenleiterstunden oder Arbeitsgemeinschaften bieten Raum für größere und kleinere Projekte und Übungsfelder, unabhängig von Alter, Sprachkenntnis oder Bildungsgrad der Schüler.

Eine schuljahresübergreifende Portfolioarbeit kann individuelle Entwicklungen beobachten, angewandtes Wissen fächerübergreifend oder in Projekten vertiefen und praktische Übungen mit logischem, räumlichem oder (fremd)sprachlichem Denken verknüpfen. Dies eröffnet neue Horizonte und ermöglicht ein Denken in Strukturen und Beziehungen und somit eine stetig wachsende Sicherheit und Beweglichkeit bei der aktiven Anwendung digitaler Kompetenzen durch die Lernenden.

## Das Digital Citizenship Education Programm des Europarates

Das Programm des Europarates wurde mit dem Ziel ins Leben gerufen, Kinder und Jugendliche zur aktiven Teilhabe an einer digitalen Gesellschaft zu befähigen, bzw. sie auf ihrem Lebensweg innerhalb einer digitalen und sich stetig weiter entwickelnden Gesellschaft zu unterstützen.

Es baut auf dem Programm "Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education" in Verbindung mit dem Referenzrahmen "Kompetenzen für eine demokratische Kultur" auf und hatte in der Ausgangsphase zum Gegenstand, formalisierte wie informelle Quellen (Blogs, Wikis, Websites), Bildungspolitik, Bildungspraxis und die Herausforderungen für Schulen zu untersuchen und ein „Digital Citizenship“-Konzept zu entwickeln. Online-Ressourcen und aktuelle wie zukünftige Informationstechnologien im schulischen Umfeld, Bedürfnisse, Rechte und Verantwortlichkeiten von Schulleitungen, Lehrern, Schülern und Eltern sind ebenfalls Gegenstand des Programms, ebenso wie die Förderung und der Austausch von inspiring-practice-Verfahren in europäischen Mitgliedsstaaten.

Im Bereich der Nutzung digitaler Medien von Kindern und Jugendlichen wurde in den vergangenen Jahren der Schwerpunkt auf deren Schutz und Sicherheit im Internet gelegt. Hier soll verstärkt die Bildung von Kompetenzen für eine aktive und demokratische Teilhabe an modernen Gesellschaften im Fokus liegen.

Das Projekt „Digital Citizenship Education“ wurde mit dem Ziel gegründet, die Rolle der Bildung zu definieren, damit sie Kinder und Jugendliche jene Kompetenzen vermitteln können, die sie zum Leben und Partizipieren sowohl im online- als auch im offline-Bereich als kompetente und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger benötigen.



Im Rahmen des Programms wurde das „Digital Citizen Handbook“, eine 25-teilige Broschüre erstellt, die die 10 wichtigsten Dimensionen der Digital Citizenship Education vereint und in drei leicht verständlichen Blöcken darstellt: being online, wellbeing online und rights online.



## EUROPARAT

---



### DIGITALCITIZENSHIP EDUCATION

<https://www.coe.int/en/web/digital-citizenship-education/digital-citizenship-domains>

---



### DIGCOMPEDU

<https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC107466>

---



### NO HATE SPEECH CAMPAIGN

<https://www.coe.int/en/web/no-hate-campaign>

---



### FREE TO SPEAK SAFE TO LEARN

<https://www.coe.int/en/web/campaign-free-to-speak-safe-to-learn>

---



### BOOKMARKS

<https://rm.coe.int/bookmarksen2020-web2/16809e5789>

---

30

## EUROPÄISCHE KOMMISSION

---



### KLICKSAFE

<https://www.klicksafe.de/en>

---



### DIGITAL COMPETENCE FRAMEWORK

<https://digcomp.enterra.de/europaeischer-referenzrahmen-digcomp.html>

---



# LINKS

# Die GROSSREGION

Stefan Henn/ Dr. Tomke Lask

Im Herzen Europas haben sich fünf Regionen in vier Ländern zu einer Großregion zusammengeschlossen: In Belgien die Region Wallonie und die französisch- und deutschsprachigen Gemeinschaften (Fédération Wallonie-Bruxelles und Ostbelgien), in Deutschland Rheinland-Pfalz und das Saarland, Lothringen als Teil der französischen Region Grand Est und das Großherzogtum Luxemburg.



31

Die Verbundenheit dieser fünf Regionen besteht nicht nur auf dem Papier, sondern ist im Laufe der Geschichte entstanden und basiert auf historischen, kulturellen und sprachlichen Gemeinsamkeiten. Im Alltag werden die engen Verflechtungen vor allem durch die hohe Mobilität über die Grenzen hinweg spürbar.

Täglich pendeln über 240.000 Menschen über die Grenzen in der Großregion, um in einer der Nachbarregionen zu arbeiten. Hinzu kommen die unzähligen Einkaufs- und Freizeitpendler. Damit zählt die Großregion zu den Regionen Europas mit der höchsten grenzüberschreitenden Mobilität.

Das Leben der Menschen in der Großregion ist seit jeher europäisch geprägt. Das Zusammenleben mit den europäischen Nachbarn spiegelt sich dabei in den vielfältigen Kooperationen von Vereinen, Schulen und Bildungseinrichtungen, Kommunen, Initiativen und Projekten wider. Neben diesem alltäglichen Erleben Europas gibt es in der Großregion eine lange Tradition der politischen Zusammenarbeit auf den unterschiedlichsten Ebenen.

## GIPFEL DER GROSSREGION

Das erste Treffen der Chefs der Exekutiven findet am 20. September 1995 in Mondorf-les-Bains (Luxemburg) statt. Seitdem ist der Gipfel der Großregion das zentrale Entscheidungsgremium für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion. Die Gipfelbeschlüsse geben den politischen Willen der einzelnen Partner wider und bestimmen über die Schwerpunkte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Präsidentschaft der Großregion wechselt regelmäßig zwischen den Teilregionen für die Dauer von zwei Jahren.

## INTERREGIONALER PARLAMENTARIERRAT (IPR)

Mit der Gründung des IPR am 16. Februar 1986 entstand eine in Europa bisher einmalige grenzüberschreitende Initiative. Zwar verfügt der IPR über keine Gesetzgebungskompetenz, dennoch wird er als beratende parlamentarische Versammlung der Großregion verstanden und formuliert Empfehlungen und Stellungnahmen.

INSTITUTIONEN \* INSTITUTIONS \* INSTITUTIONS

## WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS DER GROSSREGION (WSAGR)

Die Großregion ist die europaweit einzige Grenzregion, die einen grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Sozialausschuss besitzt. Der WSAGR wurde 1997 eingerichtet und ist im sozioökonomischen Bereich das beratende Organ des Gipfels der Großregion und vertritt die Sozialpartner. Er legt dem Gipfel Studien und Stellungnahmen vor.

## HAUS DER GROSSREGION

Ein Jahr nach dem Beschluss des 4. Gipfels der Großregion 1998 in Trier wird das erste Gemeinsame Sekretariat in Luxemburg eingerichtet. Es soll vor allem die grenzüberschreitende Kooperation stärken. Es wird allgemein als Haus der Großregion bezeichnet. Im Jahr 2001 zieht dann auch das Gemeinsame Büro des WSAGR im Haus der Großregion ein. Seitdem hat sich das Haus der Großregion fortlaufend zu einem Ort der Begegnung und der Kommunikation weiterentwickelt. 2015 zog das Haus der Großregion nach Esch-sur-Alzette um und hat seither dort seinen Sitz. Das Haus soll Synergien zwischen den Teilregionen fördern, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Großregion der Bevölkerung näher bringen.



[www.granderegion.net](http://www.granderegion.net) / [www.grossregion.net](http://www.grossregion.net)

## INSTITUTIONEN DER GROSSREGION

---



### INTERREGIONALER PARLAMENTARIERRAT IPR

<https://www.grossregion.net/Institutionen/Beratende-Organer/Interregionaler-Parlamentarierrat>

---



### GIPFEL DER GROSSREGION

<https://www.grossregion.net/Institutionen>

---



### HAUS DER GROSSREGION

<https://www.grossregion.net/Institutionen/Weitere-Akteure/Haus-der-Grossregion>

---



### INSTITUT DER GROSSREGION

<https://institut-gr.eu>

---

33

## GROSSREGIONALE PROJEKTE (AUSWAHL)

---



### QUATTROPOLE

<https://quattropole.org>

---



### FREIWILLIGENDIENST DER GROSSREGION

<https://www.grossregion.net/Buerger/Mitmachen/Europaeischer-Freiwilligendienst>

---



### GROSSREGIONALER VIDEOWETTBEWERB CREAJEUNE

<http://www.creajeune.eu>

---



### LAND OF MEMORY

<https://www.landofmemory.eu/de/>

---



# LINKS

# VERNETZT EN RÉSEAU

## INTEGRATION & ZUSAMMENARBEIT

Integration wird im politischen Sinne als ein Prozess verstanden, bei dem unabhängige Einheiten freiwillig einen Teil ihrer Prärogativen und Befugnisse an eine oder mehrere Institutionen delegieren oder übertragen.

Zusammenarbeit hingegen ist ein Zusammenwirken, bei dem die Komponenten eines Systems zusammenarbeiten, um bestimmte Ziele zu erreichen.

Die Großregion entwickelt die Zusammenarbeit zwischen ihren verschiedenen Teilregionen und nicht eine politische Integration. Die Kompetenzen der Institutionen der Großregion sind eher beratender Art als Entscheidungsfindend. Der Interregionale Parlamentarische Rat (IPR/CPI) hat nicht die institutionellen oder verfassungsmäßigen Kompetenzen, um als echte parlamentarische Versammlung zu handeln.

## GRENZÜBERSCHREITENDE ARBEITNEHMER

Der luxemburgische Arbeitsmarkt ist der attraktivste für Arbeitskräfte aus den umliegenden Regionen und bietet 78% der 248.000 Grenzgänger in der Großregion Arbeit. Die ehemalige Region Lothringen ist ihrerseits die Teilregion, in der mehr als die Hälfte der Grenzgänger der Großregion leben (54%).

## STÄDTE-NETZWERKE

Auf einer anderen Ebene hat sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Form von Städtenetzen entwickelt:

- **QuattroPole-Netz:** Luxemburg, Metz, Saarbrücken und Trier
- **Tonicités-Netzwerk:** Arlon, Esch-sur-Alzette, Longwy, Luxemburg, Metz und Thionville.

Diese schwach institutionalisierten Initiativen, die sowohl unter dem Radar der staatlichen Institutionen als auch unter dem der Großregion durchgeführt werden, ermöglichen den Grenzübertritt und scheinen für QuattroPole ein besonders geschätzter Vektor der Zusammenarbeit im Bereich der Hochgeschwindigkeitskommunikationsnetze zu sein, während die übrigen Aktivitäten hauptsächlich das territoriale Marketing in den Bereichen Tourismus und Kultur betreffen.

Bis zu einem gewissen Grad kompensieren diese Initiativen das Fehlen lokaler Behörden bei der Governance der Großregion und scheinen die Keimzellen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf großstädtischer Ebene zu sein.



## IDENTITÄT DER GROSSREGION

Die Identität der Großregion:  
In der Vorstellung der Bevölkerung gibt es keine Identität der Großregion. Diejenigen, die in jeder Einheit der Großregion leben, fühlen sich belgisch, deutsch, luxemburgisch, französisch oder sogar portugiesisch. Nur diejenigen, die an der Grenze wohnen, fühlen sich als Grenzbürger.

Die Beziehung zur Großregion basiert im Wesentlichen auf der Realität von Grenzarbeitnehmern und Verbrauchern, die auf den Straßen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in ihren Unternehmen und an den Konsum- und Verpflegungsorten in Luxemburg "auf Tuchfühlung" gehen.

Das Fehlen einer regionalen Identität wird durch die Bezeichnung des geographischen Gebiets der Großregion mit einem abstrusen Namen verstärkt, der schwer zu lokalisieren ist und in keiner Weise zu einer großen regionalen Identität beiträgt.

Die Sprachgrenze ist klar und verstärkt die Unterschiede innerhalb der Großregion. Sie behindert auch einige Kooperationsprojekte und die grenzüberschreitende Integration (die meisten Einwohner Lothringens und Walloniens sprechen kein Deutsch).

das über Jahrhunderte hinweg Gegenstand von Streitigkeiten und Hass war.

**"DIESES GEBIET KANN HEUTE ALS EIN SYMBOL DES FRIEDENS ZWISCHEN DEN VÖLKERN EUROPAS BETRACHTET WERDEN."**

RICHARD STOCK



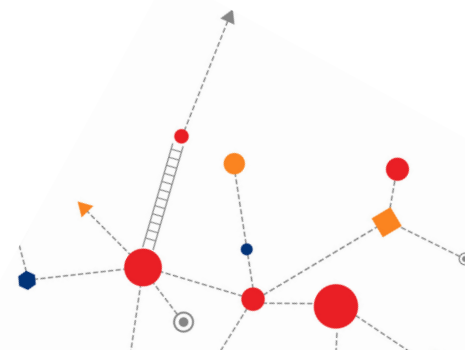
## PROJEKT WISSENSCHAFTSPARK

Ein Beispiel für ein grenzüberschreitendes Projekt:  
Die Entwicklung eines Wissenschaftsparks auf der ehemaligen Industriebrache von Esch-sur-Alzette mit den französischen Gebietskörperschaften in der Nähe des Standorts. Für dieses Projekt wurde ein Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) eingerichtet. Er ist ein Instrument der Zusammenarbeit mit Rechtspersönlichkeit, das den Wunsch nach institutioneller Integration zeigt.

**"LETZTLICH LIEGT DIE WAHRE BEDEUTUNG DER GROSSREGION IN IHRER SYMBOLIK."**

RICHARD STOCK

Eine Region, die in einem Gebiet mit einer langen Geschichte von Kriegen erfunden wurde,





EINE PRODUKTION VON SESAM'GR



MIT UNTERSTÜTZUNG VON



**HERAUSGEBERIN:**

**DR. TOMKE LASK**

Wissenschaftliche Leiterin  
Institut für Demokratiepädagogik (IDP)  
RA5 Cowork  
Rathausplatz 5  
B - 4700 Eupen  
Belgien  
Tel.: +32 87 844 600  
Mail: [info@idp-dg.be](mailto:info@idp-dg.be)

**AUTORENTEAM:**

**PROF. DR. HAVVA ENGIN**

Forschungszentrum für Migration und  
Transkulturelle Pädagogik, Heidelberg (D)

**KRISTINA FISCHER,**

Pädagogisches Landesinstitut  
Rheinland-Pfalz (D)

**STEFAN HENN**

Institut für Sportstättenentwicklung (D)

**DR. TOMKE LASK**

Institut für Demokratiepädagogik, Eupen (BE)

**SABINE ROHMANN**

Pädagogisches Landesinstitut  
Rheinland-Pfalz (D)

**RICHARD STOCK**

Centre européen Robert Schumann,  
Scy-Chazelles (F)

